

**VERBAND SCHWEIZERISCHER HOLDING- UND FINANZGESELLSCHAFTEN**  
**ASSOCIATION SUISSE DES SOCIÉTÉS HOLDING ET FINANCIÈRES**

**Präsidialansprache zur 52. Generalversammlung  
des Verbandes Schweizerischer Holding- und Finanzgesellschaften  
vom 18. Mai 2010  
von Dr. Georg Stucky**

Meine Damen und Herren

Nachdem sich unser Verband entschlossen hat, seinen Fokus von den Steuern auf die Sozialversicherungen zu verlagern, quasi eine Rückkehr zu den Anfängen, werden wir heute vom Fachmann par excellence hören, wie die eidgenössischen Sozialabgaben verwaltet resp. angelegt werden. Es war ja interessant zu verfolgen, wie in den turbulenten Monaten der Finanzkrise in den Medien eingehend und wiederholt über die prekäre Situation der 2. Säule-Fonds berichtet wurde, die Unterdeckung jeweils vorgeführt und die Konsequenzen wie Rentenkürzungen und Beitragserhöhungen als Menetekel an die Wand gemalt wurden. Das bestehende System habe versagt, die laienhafte Anlage der Mittel, wenn wenig Fachverständige in den paritätischen Vorständen über viel Geld bestimmten, erweise sich nun als gravierender Nachteil usw. Selbstverständlich folgten die politischen Forderungen, etwa nach einer öffentlichen Einheitskasse, auf dem Fuss. Dann tauchten plötzlich Schlagzeilen auf wie „Umlageverluste zwingen den AHV-Fonds in die Defensive“ – so die NZZ –, und ins Feuer gerieten die Sozialversicherungskassen. Grauslig, was da alles in Aussicht gestellt wurde, zumal auf der Rentenseite. Mit den sich erholenden Börsen verschwanden die Angstmacherei und das Gejammer allmählich. Trotzdem, dem nüchternen Betrachter stellen sich post festum einige Fragen, auch wenn ich an die „Griechenland-Krise“ denke. Ich danke daher sehr unserem Referenten, Marco Netzer, Verwaltungspräsident des Ausgleichsfonds der AHV/IV, für seine Zusage, uns einen Rück- und Überblick auf die Aufgaben, politische Einbettung, Tätigkeit und Anlagepolitik des Fonds zu geben und auch anschliessend Fragen zu beantworten.

Zu unserem Verbandsjahr: Es verlief intern nicht so ruhig wie es nach aussen scheinen mochte, sondern verlangte von allen Organen die Umsetzung der von Bern beschlossenen – von den Kantonen teils zuerst verschlafenen, nachher im Eiltempo zurechtgestutzten –Einführungsgesetze über die Kindergeldregelung. Rückblickend darf gesagt werden: Es hat geklappt. Dieses Resultat führt zum allgemeineren Gedanken, warum die Schweiz in Krisenzeiten besser, effizienter abschneidet als die Staaten des Westens. Über das „Durchwursteln“, die grauen Märkte und Mogelbilanzen wollen wir jetzt nicht reden.

In der Regel ertönt in jedem Fall – ob effektive oder vermeintliche Krise – zuerst der Ruf nach dem Staat. Er soll es richten. Zu beobachten ist hierzulande aber gleichzeitig ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber neuen oder zusätzlichen staatlichen Zuständigkeiten. Diese Hemmungen, die jenseits der politischen Zugehörigkeit liegen, quasi ein Urinstinkt. Es entspricht eher unserem Demokratieverständnis, dass wir den Staat nicht unbedingt als Macher erleben, sondern gewohnt sind, Aufgaben anderen Gremien, Institutionen – ja selbst Verbänden und Vereinen – zu überlassen. In den vergangenen 50er und 60er Jahren hat man darum viel von der Schweiz als „Verbandsdemokratie“ geredet. Auch die Lebendigkeit des Vereinslebens führt heute noch zum spöttischen Ausdruck von „Vereinsmeierei“. Normale Bürger übernehmen Funktionen, die im Ausland staatlichen Trägern zukommen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass in kantonalen Parlamenten, wo jedes Mitglied irgendwo Präsident einer Baugenossenschaft, einer sozialen Institution, der Spitex oder eines Sportvereins ist, ein

viel ruhigeres und lösungsorientierteres Klima herrscht, als in den Räten, die schon fast Berufscharakter haben. Es fließen Erfahrungen ein, aber jeder hat auch ein Stück Verantwortung zu tragen. Der Staatsphilosoph, Alexis de Toqueville, machte in seinen Betrachtungen über Amerika vor 160 Jahren die Feststellung, dass die Bürgergesellschaft tätig werde, wenn ein Problem auftauche, nicht primär der Staat. Auch wenn sich seither und unter Präsident Obama manches hin zum Staat bewegt hat, liesse sich ähnliches auch von der Schweiz sagen – etwa im Unterschied zum etatistischen Frankreich oder der hegelschen Staatsmystik, die die Bundesrepublik Deutschland noch immer pflegt.

Auch wenn wir glücklicherweise nicht im Fahrwasser von Griechenland mit gefälschten öffentlichen Statistiken und Budgets sind oder die Sozialausgaben bei uns in der Schweiz nicht derart aufgestockt, breit gestreut, kompliziert und unübersichtlich ausgestattet sind wie in der Bundesrepublik Deutschland, sollte uns doch der Ruf nach dem Heilbringer Staat – aber auch gleichzeitig das Verlangen nach Bürgernähe – zu denken geben. Wir können diesen Zwiespalt am Beispiel der Familienkassen aufzeigen. Noch immer kann man, namentlich in gewerblichen Kreisen, Schimpfen und Lästern über die vom Schweizervolk gewollten Familienzulagen hören. Auf dem andern Pol fordern Politiker in Bern bereits den Einbezug der Nichterwerbstätigen, was praktisch nur über den Einsatz zentraler, öffentlicher Stellen möglich ist. Kommt diese Erweiterung des Bezückerkreises, so sind weitere Folgen bzw. Forderungen zu befürchten, wie z.B. eine nationale Lösung dieser Zusatzumverteilung mit gleichgeschalteten Beiträgen und Bezügen, aber auch Raum für politische Selbstdarstellung, Interventionen mit dem Ruf nach Gleichbehandlung und überschwappenden Wirkungen auch auf unsere privaten Kassen, wie etwa mit dem schon beim Erlass des Familienzulagegesetzes gehörten Begehren nach gleich hohen Auszahlungen pro Kind. Das Gerechtigkeitsprinzip dient als Tarnung. Von den Steuern her kennen wir ja diesen Vorgang, wenn eigentlich die Füllung der Staatskassen angepeilt wird, um dem Lastenausgleich als Mindestmassnahme und der Forderung nach einer national einheitlichen Familienkasse Schub zu geben. Übersehen wird dabei geflissentlich, welche Leistungen die privaten Kassen bereits heute erbringen und welche Ersparnisse für die Volkswirtschaft dank Effizienz bewirkt werden. Diese Vorteile sollten wir in der Schweiz bewahren. Sie entsprechen auch unserem politischen Denken, nämlich der geteilten Aufgaben, der geteilten Macht und der geteilten Verantwortung. Unsere Kasse hat den Beweis geliefert, dass sie den gestellten Anforderungen gerecht wird.